



**Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz**

7. Sitzung (nicht öffentlich)

29. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.55 Uhr

Vorsitz: Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU)

Stenograph: Wolfgang Berger

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite:

Aktuelle Viertelstunde

**Ermächtigung der Bundesbehörden zur Durchführung der Dünge-
verordnung**

1

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft entgegen und führt darüber
eine Diskussion

Seite:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996
(Haushaltsgesetz 1996) 6**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/400 und 12/690 (Ergänzung)*
Vorlage 12/323

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Einzelplan 10¹⁾

- Antrag der Fraktion der CDU zu Kapitel 10 260 Titel 124 30
- Jagd- und Fischereipacht 8**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die
Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

- Antrag der Fraktion der CDU zu Kapitel 10 040 Titel Neu
- Agrarmarketinggesellschaft für Nordrhein-Westfalen 9**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die
Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

- Antrag der Fraktion der CDU zu Kapitel 10 080 TG 64 Titel Neu
- Einzelbetriebliche Maßnahmen (Ergänzende Landesförderung) 9**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die
Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

¹⁾ Siehe Ausschußvorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/427.

Seite:

Antrag der Fraktion der CDU zu Kapitel 10 030 Titelgruppe 67
- Sonstige einzelbetriebliche Investitionen und Maßnahmen;
hier: Nachwachsende Rohstoffe 460 000 DM

12

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Initiativantrag der Fraktion der CDU, den Erhöhungsbetrag
von 1 500 000 DM als Verpflichtungsermächtigung für das
Haushaltsjahr 1997 bei gleichem Deckungsvorschlag auf-
zunehmen

14

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Antrag der Fraktion der CDU zu Kapitel 10 260
- Personalausgaben Landesforstverwaltung
Einstellungskorridor für die Landesforstverwaltung

15

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Seite:

**Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN zum Einzelplan 10¹⁾**

**Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN zu**

Kapitel 10 030 Titel 683 67

- Zuschüsse (an private Unternehmen) i.V.m.

Kapitel 10 130 Titel 537 13

- Auftragsvergabe für die Einführung des „Grünen
Informationssystems (GRIS)“ insbesondere
Landeswaldinventur und mit

Kapitel 10 260 Titel 518 10

- Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

19

Die Anträge werden mit den Stimmen der Fraktionen
von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die
Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

**Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN zu Kapitel 10 260 Titel 422 10**

- Bezüge der Beamten

20

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimment-
haltung der CDU-Fraktion angenommen.

2 Besuch der Landesgartenschau 1996 in Lünen

21

Der Ausschußvorsitzende wird einen Terminvorschlag
für den Besuch der Landesgartenschau in Lünen unter-
breiten.

¹⁾ Siehe Ausschußvorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/427.

Seite:

3 Verschiedenes**a) Informationsreise des Ausschusses 22**

Der Vorsitzende schlägt vor, den Beschluß für eine Informationsreise des Ausschusses in der übernächsten Sitzung des Ausschusses zu fassen.

b) Zitat in den „Westfälischen Nachrichten“ vom 23. Februar 1996 23

Der Ausschuß führt darüber eine Diskussion.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) erwidert, bei der Düngeverordnung handele es sich um Bundesregelungen, bei denen keine andere Handhabung möglich sei.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)
Vorlage 12/323

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) weist darauf hin, daß zwischenzeitlich ein weiterer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt worden sei.

Horst Steinkühler (SPD) bittet um Entschuldigung dafür, daß dieser Antrag jetzt erst vorgelegt worden sei. Es werde noch ein weiterer Antrag zum Personalhaushalt gestellt, der im Verlaufe der Sitzung vorgelegt werde. Es solle eine Stelle der Bes.Gr. A 9 BBesO aus der Landesforstverwaltung in das Kapitel 10 130 (LÖBF/LAfAO) verlagert werden, weil mit der Einrichtung eines 5. Jugendwaldheimes drei Stellen für forstliche Fortbildung in die Landesforstverwaltung kämen.

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) weist darauf hin, daß es ein untragbarer Zustand sei, daß die Ausschußmitglieder noch nicht im Besitz des Gutachtens des Arbeitsstabes Aufgabenkritik seien. Über das Gutachten werde im ganzen Land seit Monaten diskutiert. Nur die Politiker hätten dieses Gutachten nicht zur Verfügung. Dies könne er als Vorsitzender des Fachausschusses nicht hinnehmen.

Bärbel Höhn (Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) antwortet, dies liege nicht in ihrer Hand. Die Verzögerung sei dadurch entstanden, daß die Landwirtschaftskammern noch in einigen Punkten nachverhandelten. Die Federführung habe nur der Arbeitsstab Aufgabenkritik. Dieser entscheide darüber, zu welchem Zeitpunkt die Gutachten herausgegeben würden, nicht das MURL.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meint, dies stelle eine Mißachtung des Parlaments dar, gerade auch vor dem Hintergrund der Haushaltsplanberatungen. Auch der Arbeitsstab Aufgabenkritik sei ein Teil der Landesverwaltung.

StS Dr. Griese (MURL) betont, er habe bereits in der vorangegangenen Sitzung gesagt, daß er diesen Zustand als unbefriedigend empfinde. Er habe noch einmal Herrn Oerter, den Vorsitzenden des Arbeitsstabes Aufgabenkritik, angesprochen, ob es nicht möglich sei, die Gutachten vorab zuzuleiten. Er hoffe, daß sich dieser Zustand ändern werde, da die Angelegenheit nach dem jetzigen Terminstand spätestens in der übernächsten Woche im Kabinett behandelt werde.

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) sagt, es stelle sich die Frage, welchen Wert das Gutachten dann überhaupt noch habe, wenn es schon im Lande diskutiert werde. Er werde nochmals einen entsprechenden Vorstoß unternehmen, damit die Abgeordneten baldmöglichst in den Besitz der Gutachten kämen.

Horst Steinkühler (SPD) stellt eine Frage zu Kapitel 10 020 Titel 685 00 549. In der Ergänzungsvorlage seien 200 000 DM zusätzlich vorgesehen für die nach § 29 anerkannten Verbände. Die Verwaltungsarbeit für die 29er Verbände im gemeinschaftlichen Büro leiste die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Dies sei vertraglich so geregelt. 200 000 DM mehr bedeuteten mehr Buchungsvorgänge und mehr Verwaltungsarbeit. Es sei die Frage, ob nicht die Schutzgemeinschaft dann mit einem gewissen Anteil an diesen 200 000 DM auch beteiligt werden solle, in einer Größenordnung von etwa 10 000 DM.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) erwidert, dieser höhere Ansatz resultiere daraus, daß die Verbände über ihre Beteiligung, die automatisch erfolge, eine erheblichere Belastung hätten und damit auch erheblich mehr Aufgaben wahrzunehmen hätten, die auch so gewollt seien. Wenn es dazu kommen sollte - das müsse man recherchieren -, daß daraus auch ein höherer Verwaltungsaufwand entstünde, dann müsse man sicher auch in dem Sinne verfahren und diskutieren. Sie nehme das als Anregung mit auf. Man müsse sehen, ob sich das so darstelle.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Einzelplan 10¹⁾**1. Kapitel 10 260 Titel 124 30 - Jagd- und Fischereipacht**

Eckhard Uhlenberg (CDU) erläutert, der Ansatz für Jagd- und Fischereipacht solle um 1,5 Millionen DM erhöht werden. In Nordrhein-Westfalen könnten noch zusätzliche Jagden verpachtet werden. Vor dem Hintergrund, daß bisher nur 45 % der Jagden verpachtet seien, sei die CDU-Fraktion der Auffassung, daß dieser Ansatz entsprechend erhöht werden sollte.

Horst Steinkühler (SPD) erklärt, daß die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne. Es habe Einvernehmen mit dem Landesjagdverband bestanden, daß nicht mehr Jagden verpachtet werden sollten. Der Landesjagdverband habe bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen, daß bei weiterer Fremdverpachtung eine ordnungsgemäße Hege im Wald nicht mehr erfolgen könnte, weil dann nur noch der „reiche Onkel“ fern vom Jagdrevier eine Jagdpachte. Aus diesem Grunde müßten größere Flächen in der Eigenjagd verbleiben.

Clemens Pick (CDU) meint, man könne über das Für und Wider trefflich streiten, ob in einem Staatsforst waidgerechter gejagt und der Wald stärker geschont werde oder nicht. Man könne jedoch feststellen, daß in der angespannten Finanzsituation die Kommunen schon längst ihre Jagden verpachtet hätten, weil sie seit langem auf diese Einkommen angewiesen seien. So könnte auch das Einkommen des Landes wiederum erhöht werden, wenn es zu einer höheren Verpachtung komme. Dies führe auch dazu, daß Personal für Wald und Jagd für andere Aufgaben freigesetzt werden könnte. Aus der Erfahrung heraus könne er sagen, daß in den Zeiten, in denen die Förster in den Wald gehörten, weil die Waldwirtschaft dies erfordere, sich diese dann auch mit der Jagd befassen müßten, wodurch dem Land erhebliche Nachteile entstünden.

Eckhard Uhlenberg (CDU) weist darauf hin, daß bei dem Antrag der CDU eine Erhöhung der Jagdfläche von 45 % auf 65 % erfolge. Dies heiße nicht, daß der gesamte Forst in Nordrhein-Westfalen verpachtet werden solle, sondern es wäre eine maßvolle Erhöhung, um in finanziell schwierigen Zeiten für andere Aufgaben Geld zur Verfügung zu haben.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion werde den Antrag ebenfalls ablehnen.

¹⁾ Siehe Ausschußvorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/427.

2. Kapitel 10 040 Titel Neu - Agrarmarketinggesellschaft für Nordrhein-Westfalen

Eckhard Uhlenberg (CDU) sagt, dieser Antrag stehe in der Tradition der Anträge der CDU der vergangenen Jahre, daß in Nordrhein-Westfalen eine Agrarmarketinggesellschaft eingerichtet werden solle.

3. Kapitel 10 080 TG 64, Titel Neu - Einzelbetriebliche Maßnahmen (Ergänzende Landesförderung)

Eckhard Uhlenberg (CDU) erläutert, zur Sicherung des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen sei es notwendig, in den nächsten Jahren die einzelbetriebliche Investitionsförderung auszubauen. Das Land Nordrhein-Westfalen habe Jahr für Jahr Gelder an den Bund zurückgegeben. Der frühere Umweltminister Matthiesen habe im April des vergangenen Jahres gemeinsam mit den Landwirtschaftsverbänden und den Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen ein Papier „Agrar 2000“ vorgestellt. In diesem Papier sei enthalten, daß die Mittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung in den nächsten Jahren erhöht werden sollen. Im vergangenen Haushaltsjahr seien statt 9 Millionen DM, die versprochen gewesen seien, nur 3 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Für dieses Haushaltsjahr werde die CDU-Fraktion eine Erhöhung um 10 Millionen DM beantragen, damit das, was in „Agrar 2000“ von der früheren Landesregierung festgeschrieben worden sei, im Interesse der Landwirtschaft von Nordrhein-Westfalen und zur Sicherung des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden könne.

Horst Steinkühler (SPD) verweist in diesem Zusammenhang auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion, mit der das Programm „Agrar 2000“ angesprochen werde. Wenn die Antwort vorliege, werde man sehen, welche finanziellen Auswirkungen das haben werde. Im Moment könne die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU nicht zustimmen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meint, man brauche speziell für das Jahr 1996 einen Ansatz für einzelbetriebliche Investitionsförderung. Von den 43 Millionen DM, die für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stünden, seien bereits 29 Millionen DM durch Verpflichtungsermächtigungen ausgegeben. Es stünden nur noch 13 Millionen DM für die einzelbetriebliche Investitionsförderung zur Verfügung. Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sei im Jahre 1996 dringend auf diese 13 Millionen DM angewiesen, im Interesse des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen und vor dem Hintergrund auch der Konkurrenzlage für landwirtschaftliche Produkte.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
7. Sitzung (nichtöffentlich)

29.02.1996

Bg-st

Wilhelm Krömer (CDU) weist darauf hin, daß es im vergangenen Jahr im Ausschuß unstrittig gewesen sei, daß die einzelbetriebliche Unterstützung notwendig sei, wenn die Betriebe überleben sollen und eine Chance am Markt erhalten wollen. Insoweit sei dieser Antrag die logische Folge dieser bisherigen Übereinstimmung. Ein Hinausschieben des Antrages sei ein Hinausschieben von Chancen und Möglichkeiten. Es gebe keine Gründe, diesem Antrag nicht zu entsprechen, weil das sowohl von der Landesregierung als auch von den Fraktionen vor Ort so positiv dargestellt und auch gesehen werde.

Horst Steinkühler (SPD) betont, es sei dringend erforderlich, die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu fördern. Die Bundesregierung rede dauernd von Subventionsabbau. Jetzt aber wolle die CDU noch 10 Millionen DM zusätzlich beantragen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) weist darauf hin, daß die Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen durch die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ finanziert werde. Man könne sich darüber unterhalten, ob das Subventionen für die Landwirtschaft seien oder nicht. Das Anliegen der CDU-Fraktion sei es, daß die Mittel, die für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt würden, die gegenüber Niedersachsen und Bayern z. B. äußerst bescheiden ausfielen, in den nächsten Jahren angehoben würden, damit im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen gesichert werden könne.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) verweist auf den schriftlichen Bericht vom 26.02., der den Ausschußmitgliedern zugeleitet worden sei. Daraus gehe hervor, daß im Jahre 1995 den Bewilligungsbehörden insgesamt so viele Kassenmittel aufgrund der VEs zugewiesen worden seien, daß zum Jahresende alle bewilligungsreifen Anträge hätten bewilligt werden können. An Kassenmitteln hätten die Bewilligungsbehörden im Haushaltsjahr 1995 für die einzelbetriebliche Investitionsförderung insgesamt rund 54 Millionen DM zur Verfügung gehabt. Davon seien knapp 50 Millionen DM abgeflossen, also weniger als möglich gewesen wäre. Der Rest sei innerhalb des Kapitels für andere Gemeinschaftsaufgaben und Maßnahmen umgeschichtet worden. Es habe also zu wenig Anträge gegeben.

In der Regierungsvorlage zum Haushalt sei der bisherige Haushaltsansatz von rund 7,5 Millionen DM auf 50 Millionen DM aufgestockt worden, um den raumplanerischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Damit sei aus der Sicht des Ministeriums der Haushaltsansatz ausreichend, weil absehbar sei, daß sämtliche bewilligungsreifen Anträge 1996 abgedeckt werden könnten.

Im Kapitel 10 080 bestehe grundsätzlich gegenseitige Deckungsfähigkeit sowohl bei den VEs als auch bei den Kassenmitteln. Dies ermögliche es, im Haushaltsvollzug dem tatsächlichen Mittelbedarf im Jahresablauf Rechnung zu tragen. Bei Bedarf könnten die erforderlichen Mittel aus anderen Gemeinschaftsaufgabenbereichen für die einzelbetriebliche Investitions-

förderung umgeschichtet werden. Somit sei dem Interesse der CDU Rechnung getragen. Die Landesregierung befinde sich auch an diesem Punkt im Bereich von „Agrar 2000“.

Eckhard Uhlenberg (CDU) weist darauf hin, daß bei den Besuchen bei den Landwirtschaftskammern und auch vor Ort immer wieder auf den großen Stau hingewiesen worden sei, daß die Mittel, die in „Agrar 2000“ enthalten seien, im vergangenen Jahr nicht zur Verfügung gestellt worden seien. Vielleicht habe auch der eine oder andere Landwirt - vor dem Hintergrund, daß er in den vergangenen Jahren habe warten müssen, bis die Mittel zur Verfügung gestellt worden seien - inzwischen resigniert und den Antrag zurückgegeben. Dem müßte im Einzelfall nachgegangen werden. Aber die Landwirte hätten immer viele Jahre warten müssen. Er könne sich nicht vorstellen, daß sich das jetzt kurzfristig geändert habe.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) antwortet, es liege nicht daran, daß die Mittel nicht zur Verfügung stünden, sondern es sei festzustellen, daß für viele Anträge die Unterlagen nicht vorlägen. Die konkreten Fälle sollten an das Ministerium weitergeleitet werden. Vielleicht handele es sich auch um Anträge, die aus anderen Mitteln bedient werden müßten. Festzustellen sei, daß die Mittel aufgrund des Bedarfs sinnvoll eingesetzt worden seien, so daß sich keine Notwendigkeit ergebe, Mittel zu erhöhen.

Auf eine entsprechende Frage von **Eckhard Uhlenberg (CDU)** nach der Prosperitätsgrenze antwortet **StS Dr. Griese (MURL)**, die Prosperitätsgrenze sei nicht gesenkt worden. Es gehe lediglich darum, daß die Förderung innerhalb der Prosperitätsgrenze gestaffelt werden solle. Der Schwerpunkt solle dort gesetzt werden, wo die Bedürftigkeit am größten sei. Es gehe also nicht darum, daß Betriebe aus der Förderung herausfallen sollten bzw. keine Förderung mehr erhalten sollten. Es gehe nur um eine vernünftige Staffelung nach Bedürftigkeit.

Wilhelm Lieven (CDU) betont, es gehe ihm um die Aufklärung des Widerspruches, daß auf der einen Seite gesagt werde, es gebe nicht genug Geld und auf der anderen Seite das Ministerium sage, es seien alle Anträge bewilligt worden. Daran hänge auch die Komplettierung der Finanzierung aufgrund von EG-Mitteln. Es wäre schlimm, wenn man zu dem Schluß käme, daß Antragsteller nicht in den Genuß der Förderung kämen, die lange genug gewartet hätten. Man werde zu einer Übereinstimmung zwischen den Fraktionen kommen müssen, wenn die befürchteten Defizite bestünden. Durch die Erhöhung der Fördergrenze auf 150 000 DM sei ein Teil der Antragsteller hinzugekommen, die bisher nicht in Frage gekommen seien. Es könne auch sein, daß einige Landwirte aus der Bezuschussung ausgestiegen seien, weil sie zwei oder drei Jahre hätten warten müssen.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) erwidert, es gingen keine Mittel von Bund oder EU verloren. Die Mittel seien bis zu fast 100 % ausgeschöpft. Ein Antragstau existiere nicht. Es würden sicher auch Anträge in der Zwischenzeit zurückgezogen. Es sei richtig, daß das, was von Ausschußmitgliedern vorgetragen werde, nicht mit dem übereinstimme, was sie aus ihrem Ministerium erfahre. Deshalb müsse jeder Fall geprüft werden. Die Förderrichtlinien würden immer in einem gemeinsamen Prozeß ausgehandelt und festgelegt. Dazu sei im Ausschuß schon berichtet worden.

Eckhard Uhlenberg (CDU) betont, die CDU-Fraktion beziehe sich mit ihrem Antrag auf die Gespräche, die sie mit beiden Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen geführt habe. Diese hätten gesagt, es gebe einen Antragstau von über 300 Anträgen, die nicht bedient werden könnten. Er könne sich auch nicht erklären, wie diese unterschiedlichen Aussagen zustande gekommen seien. Es sei noch kein Jahr vergangen, daß Herr Matthiesen gemeinsam mit den Präsidenten der Verbände und der Kammern dieses Papier „Agrar 2000“ auf den Weg gebracht habe, wo gerade diese Mittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung in Nordrhein-Westfalen erhöht werden sollten, um den Agrarstandort zu sichern und damit auch dieser Antragstau abgebaut werden solle.

Die 10 Millionen DM seien gut angelegt, auch in Relation zu anderen Bundesländern. Wenn man sehe, welche Summen in andere Bundesländer fließen und was dort für die einzelbetriebliche Investitionsförderung ausgegeben werde, bleibe es in Nordrhein-Westfalen - auch in Relation zur Zahl der Betriebe und der Flächen - immer noch ein bescheidener Ansatz.

**4. Kapitel 10 030 Titelgruppe 67 - Sonstige einzelbetriebliche Investitionen und Maßnahmen;
hier: Nachwachsende Rohstoffe 460 000 DM**

Eckhard Uhlenberg (CDU) erläutert, die CDU-Fraktion sei der Auffassung, daß der angesetzte Betrag von 460 000 DM nicht ausreichend sei, um bei den nachwachsenden Rohstoffen einen Impuls zu setzen.

Horst Steinkühler (SPD) bezieht sich auf die Tagung der landwirtschaftlichen Fakultät in Münster in der vorigen Woche. Dort seien sehr unterschiedliche Auffassungen zu nachwachsenden Rohstoffen vorgetragen worden. Die SPD-Fraktion halte daher den vorhandenen Haushaltsansatz zumindest für 1996 für ausreichend.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
7. Sitzung (nichtöffentlich)

29.02.1996

Bg-st

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) verweist darauf, daß sich die Landesregierung sehr konkret um nachwachsende Rohstoffe gekümmert habe. Man dürfe nicht in diesen Bereich hineingehen, ohne zuvor die Vermarktungsstrukturen und auch die Absatzchancen geklärt zu haben. Gespräche mit Bauern aus dem Kreis Minden-Lübbecke zeigten auf, welche Probleme noch aus dem Weg zu räumen seien. Deshalb müsse ein Konzept geschaffen werden, um gute Voraussetzungen für die Verwirklichung zu haben.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Heinrich Kruse (Bocholt)**, ob dies auch für den Bereich des Hanfanbaus gelte, antwortet **Ministerin Bärbel Höhn (MURL)**, dies gelte auch und gerade für den Hanfanbau.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meint, Hanf sei nur eine kleine Palette im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Ansonsten höre die CDU seit zehn Jahren in diesem Ausschuß, daß man nichts überstürzen dürfe, daß man Zeit brauche. Dies sei eine vornehme Umschreibung für Nichtstun.

Der frühere Umweltminister und seine Mannschaft hätten des öfteren geäußert, daß man von diesem Thema nichts halte. Hier seien Bayern und Baden-Württemberg viel weiter. Mit dem vorhandenen Mittelansatz könnten nur die Hanfaktivitäten gefördert werden. Für andere Aktivitäten reichten die Mittel dann nicht mehr aus.

Friedrich Schepsmeier (SPD) betont, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die Landesregierung - unterstützt durch alle Fraktionen - den nachwachsenden Rohstoffen einen hohen Stellenwert beimesse. In ihrem Antrag gehe die CDU speziell auf Verpackungen und Dämmstoffe aus ökologisch abbaubaren Materialien sowie auf Pflanzenfasern für die technische und textile Verwendung ein. Dies beziehe sich auf Hanf und ein wenig auch auf Flachs. Ein Gespräch mit den Landwirten und mit der Firma habe ergeben, daß im Jahre 1996 im wesentlichen nichts anderes als eine Vorklä rung möglich sei. Auf dieser Grundlage werde man konkrete Schritte im Jahre 1997 durchführen können, für die auch ein größerer Finanzbedarf erforderlich sei. Der Hanfverein habe ebenfalls deutlich gesagt, daß an dieses Thema vorsichtig herangegangen werden müsse. Er halte daher diesen Ansatz für ausreichend, um die notwendigen Schritte voranzubringen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) meint, man gehe heute von einem anderen Thema über nachwachsende Rohstoffe aus als früher. Vor zehn Jahren habe man in erster Linie von Umwandlung von Rüben in Methanol und dergleichen gesprochen. Heute gebe es dazu einen anderen Inhalt. Zu den heutigen Produkten wie Pflanzenfasern, Hanf und Flachs habe er eine positive Haltung eingenommen. Um diesen Weg zu gehen, reichten die Mittel vollkommen aus. Man könne die Entwicklung sogar hemmen, wenn zuviel Mittel eingesetzt würden. Die Entwick-

lungen in Niedersachsen in früheren Jahren mit größeren Versuchsanlagen hätten gezeigt, daß man das langsam machen müsse. Deshalb sollte man nicht so tun, als wenn man das alles jetzt schon nutzen könnte.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) stimmt dem zu und sagt, sie wolle einen möglichst erfolgversprechenden Weg gehen. Ein Antrag von Nordrhein-Westfalen, nachwachsende Rohstoffe zu fördern, sei auf Bundesebene abgelehnt worden. Dennoch sei es sicher richtig, daß nachwachsende Rohstoffe positiv bewertet werden sollten.

Auf eine Frage von **Wilhelm Lieven (CDU)**, welche Mittel abgeflossen seien, erklärt **Ministerin Bärbel Höhn (MURL)**, sie werde eine Aufstellung über den Mittelabfluß machen und auch darlegen, wohin diese Mittel geflossen seien.

Wilhelm Krömer (CDU) betont, daß in den vergangenen Jahren die CDU mehrfach gesagt habe, daß man bei den genannten Ansätzen vorankommen müsse. Es gebe viele Möglichkeiten, den Betrieben vor Ort zu helfen. Dabei sollte nicht nur an Pilotprojekte gedacht werden.

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) weist darauf hin, daß sich aus den Protokollen der vergangenen drei Legislaturperioden ergebe, daß nicht nur Methanol oder Methylalkohol angesprochen worden seien, sondern die breite Palette der nachwachsenden Rohstoffe. Es sei richtig, daß man langfristig bei den endlichen Rohstoffen umsteuern müsse, auch wenn man daran denke, daß man die Abfallproblematik in den Griff bekommen müsse und wenn im Kreislaufwirtschaftsprinzip konsequent weitergedacht werde.

4. a) Initiativantrag der Fraktion der CDU, den Erhöhungsbetrag von 1 500 000 DM als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 1997 bei gleichem Deckungsvorschlag aufzunehmen

Horst Steinkühler (SPD) erklärt, durch die Aussagen der Ministerin sei deutlich geworden, daß das Thema intensiv seitens des Ministeriums verfolgt werde. Deshalb brauche nicht schon jetzt eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt zu werden.

Heinrich Borcharding (SPD) meint, man müsse die inhaltliche Diskussion zunächst einmal im Fachausschuß führen. Eine verantwortliche Haushaltspolitik könne nur betrieben werden,

wenn konzeptionelle Vorarbeiten geleistet würden. Auch bezogen auf Hanf seien die Landwirte sehr zurückhaltend. Man könne den Anbau probieren. Aber man müsse auch wissen, wo die Absatzmöglichkeiten lägen. Die Erfahrungen im europäischen Ausland mit Hanf, z. B. in Frankreich, seien weitergehend.

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) betont, man sollte sich nicht nur auf Hanf festlegen. In Gesprächen sei festzustellen, daß das Interesse an alternativen Rohstoffen sehr groß sei. Die chemische Industrie wolle dadurch auch ihr Image verbessern, das durch Störfälle in den letzten Jahren lädiert sei. Pflanzliche Stärke komme als alternativer Rohstoff für die Chemie in Betracht. Deshalb müsse die Diskussion auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt werden. Es sei richtig, daß die Landwirtschaft sehr zurückhaltend agiere, weil sie noch nicht wisse, was dabei herauspringe.

Auf der anderen Seite hätten die Abgeordneten die Pflicht und Schuldigkeit, darauf hinzuwirken, daß ein gewisses Umdenken und Umsteuern erfolge. Das Thema könne aber nicht nur aus der Sicht der Landwirte behandelt werden, sondern dies sei auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten zu sehen.

Friedrich Schepsmeier (SPD) weist darauf hin, daß dies auch ein wirtschaftspolitisches Thema sei. Es gebe z. B. Regelungen beim Straßen- und Gewässerbau, die verhinderten, daß synthetische Stoffe durch Naturfasern ersetzt würden, was ein Hemmnis für die Industrie darstelle. Deshalb sei eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaftspolitik erforderlich. Den Initiativantrag der CDU-Fraktion empfinde er als kleinkariert. Er sei überzeugt, daß das Land 1997 handeln könne, ohne daß man formal jetzt eine Verpflichtungsermächtigung einstellen müsse.

5. Kapitel 10 260 - Personalausgaben Landesforstverwaltung Einstellungskorridor für die Landesforstverwaltung

Eckhard Uhlenberg (CDU) führt aus, bei der Neuorganisation der Landesforstverwaltung in Nordrhein-Westfalen habe der Einstellungskorridor eine wichtige Rolle gespielt. Alle Fraktionen seien der Meinung gewesen, daß dieser Einstellungskorridor bei der Landesforstverwaltung notwendig sei, damit junge Leute eine Chance hätten, dort eingestellt zu werden. Dies sei nicht nur von den Fraktionen im Landtag so gesagt worden, sondern auch von der Landesregierung. Mit dem Antrag wolle die CDU der Ministerin den Rücken gegenüber dem Finanzminister stärken, damit dieser Einstellungskorridor umgesetzt werden könne.

Horst Steinkühler (SPD) erläutert, es sei richtig, daß diese Forderung im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Forstverwaltung von allen Fraktionen erhoben worden sei. Die SPD sei ebenfalls der Meinung, daß es diesen Einstellungskorridor geben müsse. Auf der anderen Seite bestehe im Moment nicht die Notwendigkeit, diesen Antrag heute zu beschließen. Es gebe eine Vereinbarung innerhalb der Landesregierung dahingehend, daß erst dann in einem gewissen Umfang der Einstellungskorridor greifen werde, wenn eine gewisse Quote der kw-Stellen erreicht werde. Die Landesregierung sei in der Pflicht und werde dem auch nachkommen.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) erklärt, der Antrag ihres Ministeriums sei vom Finanzminister nicht positiv beschieden worden. Es sei jedoch ausgehandelt worden, daß für das Haushaltsjahr 1997 die Voraussetzungen für einen Einstellungskorridor konkretisiert werden sollten. Wenn mindestens 50 % der ursprünglich ausgebrachten und zum Stichtag 31.12.1995 realisierbaren kw-Vermerke einer Laufbahn eines Kapitels tatsächlich realisiert seien und wenn die Höhe des Einstellungskorridors auf maximal 5 % der tatsächlich im Haushaltsjahr 1995 realisierten kw-Vermerke einer Laufbahn eines Kapitels begrenzt sei, gebe es einen Einstellungskorridor. Es sei gerade das Anliegen der CDU, nicht alle kw-Stellen abzubauen. Einerseits wolle sie den schlanken Staat und andererseits eine Motivation der Leute, die noch vorhanden seien.

Clemens Pick (CDU) sagt, die Ministerin habe in der Sitzung im Oktober geäußert, es werde ein Einstellungskorridor eingerichtet. Eine weitere Diskussion habe deshalb nicht stattgefunden. Selbstverständlich wolle die CDU eine schlankere Verwaltung. Aber es gebe für die Ministerin viele Möglichkeiten, in anderen Bereichen ihres Hauses Stellen einzusparen. Jetzt sehe es so aus, daß bis in das nächste Jahrtausend hinein keine oder nur ganz begrenzte Einstellungen erfolgen könnten, so daß heute schon ausgebildete junge Menschen keine Chance hätten, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen.

Es müsse auch darum gehen, daß die Landesforstverwaltung in einem langfristigen Zeitraum funktionsfähig bleibe. Das auf 5 % zu beschränken, wenn 50 % erreicht worden seien, werde zur Folge haben, daß erst im nächsten Jahrtausend die erste Stelle frei werde.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) wendet sich gegen die Aussage, daß sie eine Zusage gemacht habe. Sie habe lediglich zugesichert, daß sie sich um die Schaffung des Einstellungskorridors bemühen werde. Dies werde im Jahre 1997 greifen, wenn auch nicht in dem Umfang, den sie sich gewünscht hätte. Aber mehr sei finanziell nicht machbar. Sie wolle nochmals betonen, daß sie für die Schaffung eines Einstellungskorridors sei.

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
7. Sitzung (nichtöffentlich)

29.02.1996

Bg-st

Eckhard Uhlenberg (CDU) weist darauf hin, daß die Ministerin in der Sitzung am 26. Oktober 1995 für die Landesregierung erklärt habe, daß der Entwurf zum Haushalt 1996 die gesetzliche Grundlage zur Einrichtung eines Einstellungskorridors schaffen werde. Da dies nicht der Fall sei, sei daraus zu entnehmen, daß sich die Ministerin gegenüber dem Finanzminister nicht durchgesetzt habe. Aber die Ministerin könne dem Finanzminister sagen, daß der Ausschuß mit allen drei Fraktionen sie nochmals aufgefordert habe, den Einstellungskorridor bereits im Jahre 1996 umzusetzen. Mit dem Antrag gehe es der CDU-Fraktion darum, jungen Menschen ein Stück Zukunftsperspektive zu geben.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) betont, sie habe sich in der Ausschußsitzung am 23. Oktober korrekt geäußert. Sie habe es durchgesetzt, daß schon jetzt festgelegt worden sei, daß es diesen Einstellungskorridor im Haushaltsjahr 1997 geben werde.

Siegfried Martsch (GRÜNE) sagt, im heutigen Diskussionsverlauf sei ihm aufgefallen, daß der Vorsitzende zum wiederholten Mal seine Wortmeldung hinter die Wortmeldung eines Fraktionskollegen gestellt habe. Wenn das mal passiere, wolle er darüber kein Aufheben machen. Sollte es aber zum System werden, werde man sich streiten müssen. Er sei nicht mehr gewillt hinzunehmen, wie einseitig der Vorsitzende sein Amt wahrnehme. Der Vorsitzende sei nicht der Vertreter der CDU-Fraktion, sondern der Vorsitzende des Ausschusses. Es gehe ihm langsam auf den Geist, wie der Vorsitzende in einer ausgesprochen exzessiven, einseitigen und zum Teil diffamierenden Art und Weise sein Amt wahrnehme. Er werde unter Punkt Verschiedenes noch einmal darauf zurückkommen aufgrund von Pressemeldungen, die nach der letzten Ausschußsitzung gemacht worden seien.

Zum Inhalt wolle er hervorheben, daß sich alle darüber einig seien, daß etwas geschehen müsse. Deswegen sei unter Abwägung der verschiedenen Aspekte ein Ergebnis zustande gekommen, das so aussehe, wie es die Ministerin vorgestellt habe.

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) erwidert, er habe über 20 Jahre parteiübergreifend auch als Vorsitzender Sitzungen geleitet. Er könne die Äußerungen nicht nachvollziehen. Es gebe ein klares System zwischen ihm und Herrn Wilhelm. Es werde eine Liste über die Wortmeldungen geführt. Er sehe überhaupt keine Veranlassung, die Wortmeldungen parteipolitisch zu erteilen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erläutert, er habe sich gemeldet, während der Kollege Uhlenberg gesprochen habe. Dies sei auch vom Vorsitzenden zur Kenntnis genommen worden. Dann sei dem Kollegen Uhlenberg erneut das Wort erteilt worden, ohne daß er selbst zwischendurch das Wort bekommen habe. Dies sei ihm heute morgen zweimal aufgefallen.

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) erwidert, es sei die Frage, ob nicht eine Worterteilung vernünftig sei, wenn in einem direkten Zwiegespräch mit der Ministerin eine sofortige Aussprache erfolge. Dies auch deshalb, um nicht nachher wieder den Vorwurf zu hören, die Sitzung habe zu lange gedauert. Wenn er den Eindruck habe, daß Herr Uhlenberg mit der Antwort der Ministerin nicht ganz einverstanden sei und daher eine Nachfrage stellen wolle, dann sei es selbstverständlich, daß zunächst ein Punkt ausdiskutiert werde, damit man in der Sache vorankomme.

Er könne dies auch anders machen. Aber dann werde er auch zu ganztägigen Sitzungen einladen. Er lasse es nicht mehr zu, daß er von dem nachfolgenden Ausschuß beschimpft werde, weil der Ausschuß nicht rechtzeitig den Raum verlassen habe. Deshalb gehe es ihm darum, daß zügig diskutiert werde.

Auf eine Frage von **Clemens Pick (CDU)** erwidert **Ministerin Bärbel Höhn (MURL)**, im Aufstellungserlaß für das Haushaltsjahr 1997 habe das Finanzministerium die Voraussetzungen für einen möglichen Einstellungskorridor konkretisiert. Unter den von ihr bereits genannten Bedingungen bedeute dies für die Landesforstverwaltung, daß schon im gehobenen Forstdienst z. B. dieser Einstellungskorridor für 1997 bestehe. Es werde sich zunächst um eine Einstellung handeln.

Horst Steinkühler (SPD) ist der Auffassung, daß dieses Problem nicht nur in der Landesforstverwaltung bestehe, sondern dies betreffe alle Landesverwaltungen, bei denen Organisationsuntersuchungen stattgefunden hätten und die mit dem Problem von Einstellungen konfrontiert würden. Er wolle darum bitten, daß die Ministerin bis zur Sommerpause einen Bericht darüber geben solle, wie es mit den kw-Stellen im gesamten Ministerium aussehe und nicht nur in der Landesforstverwaltung.

**Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zum Einzelplan 10 (als Tischvorlage vorgelegt)¹⁾**

1. Kapitel	Titel	HH-Vermerk	HH-Vermerk	HH-Vermerk
10 030	683 67 Ökol. Landbau	VE:+ 2.000.000	VE:+ 2.000.000	VE:+ 2.000.000
10 130	537 13 Grünes Info-system	VE:- 1.000.000	VE:- 1.000.000	VE:- 1.000.000
10 260	518 10 Mieten, Pachten, Forstverw.	VE:- 1.000.000	VE:- 1.000.000	VE:- 1.000.000

Siegfried Martsch (GRÜNE) sagt, mit diesem Antrag solle die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 683 67 für den Ökologischen Landbau erhöht werden. Dazu liege ein Deckungsvorschlag vor.

MR Kayser (MURL) erläutert, es sei eine Deckung der Verpflichtungsermächtigung erforderlich, weil dieser Antrag für den Ökologischen Landbau EG-kofinanziert werde und dort nur über Fünf-Jahres-Verträge laufen könne. Für eine erhöhte Bewilligung in diesem Bereich würde im ersten Jahr ausschließlich eine Verpflichtungsermächtigung über 400 000 DM benötigt.

Auf die Frage von **Eckhard Uhlenberg (CDU)**, was mit dem Geld gemacht werden solle, erwidert **Siegfried Martsch (GRÜNE)**, es sei kein Geheimnis, daß die Landesregierung ein Programm Ökologischer Landbau aufgestellt habe. Die Mittel würden zur Förderung der Umstellung weiterer Betriebe auf den Ökologischen Landbau zur Verfügung gestellt.

Eckhard Uhlenberg (CDU) weist darauf hin, daß der in der Tischvorlage genannte Titel 683 67 sich auf Zuschüsse an private Unternehmen beziehe und nichts mit dem Ökologischen Landbau zu tun habe.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erläutert, daß die Position Titel 683 67 richtig gewählt sei. Auf Seite 109 des Haushaltsplans müsse ein Punkt 11. hinzugefügt werden: „Förderung des Ökologischen Landbaus“.

¹⁾ Siehe Ausschußvorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß 12/427.

Eckhard Uhlenberg (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen, weil nach der Begründung der Landesregierung im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung auch für den Ökologischen Landbau Chancen eröffnet worden seien.

2. Kapitel 10 260 Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Horst Steinkühler (SPD) sagt, mit der Einrichtung eines 5. Jugendwaldheimes würden drei Stellen der LÖBF/LAfAO (forstliche Fortbildung) in die Landesforstverwaltung verlagert. Um die verbleibenden Aufgaben der LÖBF auch künftig sicherzustellen, solle eine Stelle für beamtete Hilfskräfte der Bes.Gr. A 9 BBesO aus der Landesforstverwaltung in das Kapitel 10 130 verlagert werden.

Eckhard Uhlenberg (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion werde sich der Stimme enthalten, da der Antrag nicht mehr habe geprüft werden können.

Wilhelm Krömer (CDU) fragt zu Kapitel 10 030 - Entschädigung für Wildgänsefraß im Raum Minden-Lübbecke -, ob Entschädigungen geleistet werden könnten unter Zugrundelegung der Vereinbarungen, die der damalige Minister Matthiesen mit den rheinischen Verbänden 1986 abgeschlossen habe. Bisher hätten diese Schäden einen kleinen Umfang gehabt. Sie seien auch vom Kreis beglichen worden. Inzwischen lägen 29 Anträge für 190 ha vor. Es würden massiv Flächen von Winterweizen und Wintergerste abgefressen. Er habe deshalb schon in der letzten Sitzung die Frage gestellt, ob man von seiten des Ministeriums sich darüber Gedanken gemacht habe, diese Schäden gleich zu behandeln mit den Schäden, die in der Rheinebene im vergangenen Jahr entstanden seien.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) erwidert, es sei zu kurzfristig gewesen, diese Frage schriftlich zu beantworten. Rechtlich könne nichts anderes getan werden als die Bauern zu entschädigen, die in Naturschutzgebieten ihren Besitz hätten. Denn diese Bauern in den Naturschutzgebieten seien verpflichtet, sich nicht gegen diese Wildgänse zu wehren. Die Bauern in anderen Gebieten hätten andere Möglichkeiten, sich zu wehren. Sie dürften nicht entschädigt werden. Von daher könne nicht anders verfahren werden.

Heinrich Borcharding (SPD) verweist darauf, daß 1986 eine Vereinbarung zwischen dem MURL und dem Rheinischen Landwirtschaftsverband getroffen worden sei. In einer gemeinsamen Erklärung heiße es, daß die Landesregierung bereit sei, die entstehenden Fraßschäden auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im Wege finanzieller Hilfen auch auf solchen Flächen

auszugleichen, die nicht durch Naturschutzverordnung unter besonderen Schutz gestellt worden seien. Die Wildgänse könnten nicht zwischen Naturschutzgebieten und anderen Gebieten unterscheiden, so daß eine Gleichbehandlung erfolgen müsse. Was in diesem Jahr an Fraßschäden entstanden sei, werde aus eigenen Mitteln des Kreises Minden-Lübbecke nicht zu ersetzen sein. Die dafür vorgesehenen 30 000 DM seien jetzt schon aufgebraucht.

Wilhelm Krömer (CDU) meint, was flächenfleich in der rheinischen Ebene zu Recht erfolgt sei - Schutz der Tiere, aber auch Sorge um die entstandenen Schäden - müsse analog auch im Raum Minden-Lübbecke sowie in anderen Bereichen angewandt werden. Dort sei auch auf Flächen abgehoben worden, die nicht im Naturschutzbereich lägen. Die Landwirte hätten sich zuerst an den Kreis gewandt, und dann habe sich der Verband mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt. Es sei dringend notwendig, daß bald entschädigt werde. Denn die geschädigten Böden müßten auch wieder beackert werden. Deshalb sei eine schnelle Lösung der Entschädigungsfrage erforderlich.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) erwidert, sie habe in Erinnerung, daß das Verfahren, das im Rheinland erfolgt sei, vom Landesrechnungshof kritisiert worden sei. Aber sie werde das noch einmal recherchieren. Der Verband bekomme sowieso vom Ministerium eine Antwort, da er sich ja an das Ministerium gewandt habe.

2 Besuch der Landesgartenschau 1996 in Lünen

Vorsitzender Heinrich Kruse (Bocholt) sagt, der Ausschuß sei mit Schreiben vom 7. Februar von der Bürgermeisterin der Stadt Lünen zum Besuch der Landesgartenschau eingeladen worden. Es sei zu fragen, ob die Einladung angenommen werde und gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt dieser Besuch erfolgen solle. Ferner liege eine Einladung des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Westfalen-Lippe e. V. ebenfalls zum Besuch der Landesgartenschau vor.

In der Vergangenheit habe der Ausschuß regelmäßig die Landesgartenschau besucht. Es würden auch erhebliche Landesmittel für die Landesgartenschau eingesetzt. Es habe auch am Rande des Besuchstermins immer eine offizielle Ausschußsitzung stattgefunden.

Ministerin Bärbel Höhn (MURL) meint, es könnte witterungsbedingt von Vorteil sein, einen Zeitraum zu wählen, zu dem eine der zwölf Hallenschauen stattfindet. Aufgrund des Dauerfrostes und des lang andauernden Winters müsse damit gerechnet werden, daß Restarbeiten auf dem Gelände der Landesgartenschau in den ersten 14 Tagen nach der Eröffnung